

Schweinfurt, den 26. Juni 2020

Antrag Stopp der LGS Planungen angesichts der Corona-bedingten Finanzlage

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Remelé,

angesichts der dramatischen Einbrüche in der Gewerbesteuer aufgrund der Corona Pandemie gilt es, die stattliche Anzahl von Großprojekten in der Stadt Schweinfurt auf den Prüfstand zu stellen. Mit der Landesgartenschau als risikobehaftetes Prestigeobjekt, das viele Millionen Euro Kosten verursachen wird, die aus Steuergeld beglichen werden müssen, haben wir ein Projekt, das ohne große Verluste gestrichen werden kann. Denn die Ziele der LGS lauten „Integration der Konversionsflächen in das Stadtgebiet“, die „Schaffung dauerhafter Grünflächen“, die „nachhaltige Steigerung der Lebensqualität“, die „Entsiegelung der Konversionsfläche“, die „Sicherung des Baumbestandes“ und ein „ökologisch optimiertes Oberflächenwassermanagement“.

Hohe Investitionskosten

Diese Ziele können allesamt auch kostengünstiger erreicht werden als dies der Investitionshaushalt der LG mit seinen 12,4 Mio Euro für die Entwicklung von ca. 10 ha Fläche vorsieht. Allein der kürzlich beschlossene Ideenwettbewerb für die Ausgestaltung der LGS kostet mit 400.000 Euro mehr als die komplette Anlage eines Stadtwaldes – ein Projekt, das wegen seiner ökologischen Bedeutung mit 80% Fördermitteln des Freistaats Bayern rechnen könnte.

Undurchsichtige Kosten

Der Fokus des Gartenschaugeländes lag von Anfang an auf dem Konversionsgebiet, die prospektierten Investitionskosten in Höhe von 12 Millionen Euro fallen allein dort an. Für die vielzitierten grünen Trittsteine werden weitere Millionen nötig, die noch nicht eingepreist sind und für die nur schwerlich Kostendeckung zu erwarten ist. Und wie der vermeintlich kostendeckende Durchführungshaushalt in Höhe von weiteren 12 Millionen zustande kommt, bleibt ein Geheimnis der Bauverwaltung. Die Zahlen haben wenig Fundament, noch nicht einmal die Einnahmen aus Eintrittsgeldern sind ernsthaft kalkuliert, da die erwarteten Besucherzahlen in der Vergangenheit von Stadtverwaltung und OB mal mit 500.000, mal mit 700.000 angegeben wurden. Dass Städte wie Würzburg, die ihre LGS mit 8 Mio Minus abrechnen mussten, dabei aber von Anfang an mit 2,5 Millionen Eigenanteil gerechnet hatten, der in Schweinfurt großzügig übergangen wurde, lässt ahnen, wie groß das Minus am Ende sein wird.

Kritik des Bayerischen Obersten Rechnungshofs

In einem Jahresbericht kritisiert der Bayerische Oberste Rechnungshof sowohl die undurchsichtige Vergabepraxis bei den Landesgartenschauen als auch die fehlende Einhaltung der Förderrichtlinien. So fallen bestehende Grünanlagen, die nur umgestaltet werden, aus der Förderung heraus – was die bislang angedachten Schweinfurter Trittsteine Schuttberg oder Spitalseeplatz in einem anderen Licht zeigt.

Urbane Landesgartenschau

Im Koalitionspapier von CSU und Grünen ist festgehalten, dass das gesamte Stadtgebiet „in den Blick zu nehmen“ ist. Dass es sich hier um zusätzliche Planungen handelt, zeigt schon die Entscheidung der letzten Stadtratssitzung, in der statt eines Ideenwettbewerbs nun gleich zwei in Auftrag gegeben werden müssen: für das Konversionsgelände und für die Innenstadt. Die Frage, wer soll das bezahlen, wird großzügig und aus politischem Kalkül heraus gar nicht erst gestellt. Nachdem die 5 Millionen Zuschüsse bereits auf dem Konversionsgelände eingeplant sind, werden die grünen Bänder bzw. grünen Trittsteine maßgeblich aus der Stadtkasse zu finanzieren sein. Visionen wie die vom BUND ins Spiel gebrachten hängenden Gärten bzw. begrünte Fassaden könnten also genauso gut ohne LGS angelegt werden. Warum also u.a. nicht den vor 8 Monaten gestellten Antrag auf Fassadenbegrünung des Zementrums bearbeiten und umsetzen, statt eine „urbane“ Landesgartenschau zu planen, die weitere Millionen kosten wird?

Antrag

Im Namen der Initiative ZUKUNFT./ödp beantrage ich daher, von der Durchführung der Landesgartenschau 2026 Abstand zu nehmen, den kostspieligen Ideenwettbewerb einzustellen und vernünftige Alternativen prüfen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen,

Ulrike Schneider

Dr. Ulrike Schneider
Stadträtin